

Deutschland-Rüdesheim: Bau von Kläranlagen
OJ S 26/2023 06/02/2023
Auftragsbekanntmachung
Bauleistung

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Abwasserverband Mittlerer Rheingau
Postanschrift: Am Rüdesheimer Hafen
Ort: Rüdesheim
NUTS-Code: DE71D Rheingau-Taunus-Kreis
Postleitzahl: 65385
Land: Deutschland
E-Mail: info@av-mittlerer-rheingau.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.av-mittlerer-rheingau.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18603115f49-3a7b1b2f0022308
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: www.had.de
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Ax Projects GmbH
Postanschrift: Uferstraße 16
Ort: Neckargemünd
NUTS-Code: DE128 Rhein-Neckar-Kreis
Postleitzahl: 69151
Land: Deutschland
E-Mail: info@ax-projects.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.ax-projects.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Abwasserreinigung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

PAK - Pulveraktivkohlefilter Adsorptionsstufe - Abwasserverband Mittlerer Rheingau

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

45252100 Bau von Kläranlagen

II.1.3. Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

Technischen Ausrüstung zur Lagerung und Dosierung von Pulveraktivkohle

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 400 000,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

45252130 Ausrüstung für Kläranlage

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE71D Rheingau-Taunus-Kreis
Hauptort der Ausführung: Rüdeshheim am Rhein

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Liefer- und Montageumfang einer Pulveraktivkohle Lager- und Dosieranlage mit einem Nutzvolumen von ca. 80,0 m³. Weiterhin beinhaltet der Umfang die Lieferung und Montage einer entsprechenden Dosieranlage.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien
Preis

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 22/05/2023 Ende: 09/06/2025
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Zur Beurteilung der Befähigung und Eignung sind durch den Bieter Nachweise entsprechend § 6a EU Nr. 1 beizubringen.

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Mit Verweis auf das Formblatt 124, welches den Ausschreibungsunterlagen beigelegt ist, können nachfolgende Nachweise in Form von Eigenerklärung erfolgen.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle die im Formblatt 124 angegebenen Nachweise innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen.

Die Nachweise sind durch den Einzelbieter und im Falle einer Bietergemeinschaft von jedem Mitglied der BG zu erbringen.

Die Nachweise dürfen nicht älter als 12 Monate sein, gerechnet ab dem Bekanntmachungsdatum.

Eigenerklärungen bzw. Nachweise:

a) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung in Form der Anmeldung /Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder in die Handwerksrolle am Sitz oder Wohnsitz des Unternehmens gemäß (§ 6a EU Nr. 1 VOB/A).

b) Bescheinigung zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft. Ein Bieter, der seinen Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland hat, hat eine Bescheinigung des zuständigen Versicherungsträgers vorzulegen.

c) Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 6e EU Abs. (1) Pkt. 1-10 und Abs. (6) Pkt. 1-8 VOB/A z.B. durch Vorlage einer Eigenerklärung auf Grundlage der §§ 123, 124 GWB.

d) Nachweis über die Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträgen zur Sozialversicherung, soweit die der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen.

e) Erklärung zur Tarifierung und Mindestentgelt gemäß HVTG gemäß dem den Ausschreibungsunterlagen beigelegten Formblattes

Die durch den Bieter vorzulegende Nachweise und Erklärungen können entsprechend § 6b EU Abs. (1) VOB/A durch Einzelnachweise oder auf dem Wege einer Präqualifikation erbracht werden.

Bei Anbietern, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben ist die Eintragung in ein gleichwertiges PQ-Verzeichnis eines anderen Mitgliedstaates als Nachweis zulässig.

Der AG erkennt gemäß § 6b EU Abs. (1) VOB/A als vorläufigen Nachweis auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) an.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zur Beurteilung der Eignung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sind durch den Bieter Nachweise entsprechend § 6a EU Nr. 2 a) und c) VOB/A beizubringen.

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Die durch den Bieter vorzulegende Nachweise und Erklärungen können entsprechend § 6b EU Abs. (1) VOB/A durch Einzelnachweise oder auf dem Wege einer Präqualifikation sowie mit Verweis auf das Formblatt 124, welches den Ausschreibungsunterlagen beigelegt ist, zunächst in Form einer Eigenerklärung erfolgen.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle die im Formblatt 124 angegebenen Nachweise innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen.

Eigenerklärungen bzw. Nachweise:

a) Angabe des Umsatzes des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit Bauleistungen und andere Leistungen betroffen sind, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsamen mit anderen Unternehmen durchgeführten Leistungen.

b) Ergänzend ist der Gesamtumsatz des Unternehmens zu benennen.

Mindestbedingungen an den Umsatz:

- Der Gesamtumsatz des Unternehmens muss mind. 1.000.000 €/Jahr betragen,
- Der Umsatz bezogen auf die besondere Leistungsart des Gegenstandes der Vergabe muss mind. 500.000 €/Jahr betragen, jeweils im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre (2019-2022).

c) Eigenerklärung einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung.

Sollte das Angebot in die engere Wahl kommen ist die Erklärung auf gesondertes Verlangen durch die Vergabestelle durch einen Versicherungsnachweis mit einer Mindestdeckungssumme von 5 Mio. € für Personenschäden und 5 Mio. € für Sach- und Vermögensschäden zu ersetzen.

d) Erklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation gemäß Formblatt 124

Die durch den Bieter vorzulegende Nachweise und Erklärungen können entsprechend § 6b EU Abs. (1) VOB/A durch Einzelnachweise oder auf dem Wege einer Präqualifikation erbracht werden.

Bei Bietern, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben ist die Eintragung in ein gleichwertiges PQ-Verzeichnis eines anderen Mitgliedstaates als Nachweis zulässig. Der AG erkennt gemäß § 6b EU Abs. (1) VOB/A als vorläufigen Nachweis auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) an.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zur Beurteilung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind durch den Bieter Nachweise entsprechend § 6a EU Nr. 3 a) g), und i) VOB/A zu beizubringen:

Mit Verweis auf die Formblätter 124, und 233, welche den Ausschreibungsunterlagen beiliegen, sind folgende Erklärungen und Nachweise vorzulegen:

a) Erklärung bzw. Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, im Zeitraum der letzten fünf abgeschlossenen Kalenderjahre ausgeführt zu haben
Sollte das Angebot in die engere Wahl kommen, sind auf gesondertes Verlangen innerhalb von 6 Kalendertagen mindestens 3 Referenznachweise mit gemäß den Mindestangaben aus dem Formblatt 124 vorzulegen:

b) Erklärung, dass für die Ausführung der Leistungen erforderliche Arbeitskräfte zu Verfügung stehen

Sollte das Angebot in die engere Wahl kommen, sind auf gesondertes Verlangen innerhalb von 6 Kalendertagen die entsprechenden Mindestangaben aus dem Formblatt 124 vorzulegen:

c) Erklärung mit Verweis auf Formblatt 233, welche Teile des Auftrages der Unternehmer als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt.

Sollte das Angebot in die engere Wahl kommen, sind auf gesondertes Verlangen innerhalb von 6 Kalendertagen die Namen der Nachunternehmer zu benennen.

Die durch den Bieter vorzulegende Nachweise und Erklärungen können entsprechend § 6b EU Abs. (1) VOB/A durch Einzelnachweise oder auf dem Wege einer Präqualifikation erbracht werden.

Bei Bietern, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben ist die Eintragung in ein gleichwertiges PQ-Verzeichnis eines anderen Mitgliedstaates als Nachweis zulässig. Ein Bewerber oder Bieter kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen (Eignungsleihe). Zur Beurteilung der Kapazitäten anderer Unternehmen gilt § 6d EU Abs. (1) -(4).

Der AG erkennt gemäß § 6b EU Abs. (1) VOB/A als vorläufigen Nachweis auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) an.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Sicherheiten gemäß Ausschreibungsunterlagen Formblatt 214

- Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 5 % der Bruttoauftragssumme
- Sicherheit für Mangelsprüche in Höhe von 3 % der Bruttoabrechnungssumme

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 14/03/2023 Ortszeit: 14:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/05/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 14/03/2023 Ortszeit: 14:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1.

Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Ort: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land: Deutschland
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Ort: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land: Deutschland
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen. Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig. (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB)

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Ort: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land: Deutschland
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

01/02/2023